

Die Handelskammer zum Programm der neuen Regierung

Wohlwollen aus der Wirtschaft

Helmut Wyrwich

Selten ist einer Regierung so viel Wohlwollen aus der Wirtschaft entgegengeschlagen wie der Dreiparteienkoalition. Säuberlich in Für und Wider aufgelistet, stellte die Handelskammer gestern ein überwiegend positives Zeugnis aus.

Nicht mehr auszugeben als man hat, also jede Ausgabe im Hinblick auf die Einnahmen zu überprüfen: Das ist nach Meinung der Handelskammer eine der zentralen Absichten der Regierung, die sie rückhaltlos begrüßt. „Mit weniger Geld besser wirtschaften“ ist die andere Devise, die von der Kammer gestützt wird.

Insgesamt begrüßt die Vertretung der Wirtschaft, dass Luxemburg nachhaltig, mit einer besseren Strukturierung des Haushal-

tes und der Haushaltsverwirklichung regiert werden soll.

Positiv werden die Maßnahmen des Arbeitsmarktes beurteilt. Die weitere Restrukturierung der ADEM sei nötig. Begrüßt wird außerdem die Prüfung einer parallelen „Alphabetisierung“ in Deutsch und Französisch für Kinder unterschiedlicher linguistischer Herkunft. Auch die beabsichtigte Analyse des sozialen Minimaaleinkommens und der Entschädigung der Arbeitslosen wird von der Kammer begrüßt.

Zu den Punkten, die weiter auf Zustimmung stoßen, gehören die Vereinfachung der Verwaltungsstrukturen, die Zentralisierung der staatlichen Hilfen und die Dynamisierung beim Bau von Sozialwohnungen. „Wir haben es bei all diesen Projekten mit Vorstellungen zu tun, die von der

Kammer seit langem vertreten werden“, sagt Carlo Thelen, Chefvolkswirt und kommissarischer Generaldirektor der Handelskammer.

Erwartungen in den Staatsminister

Allerdings zeigt sich die Kammer auch kritisch: Die beabsichtigte Erhöhung der Mehrwertsteuer stößt auf Kritik. „Unsozial“, heißt es knapp dazu. Grundsätzlich wird die Kammer bei der Rolle des Staates. Es gebe keine Überlegung dazu, den Begriff des „Zentralstaates“ nach und nach zu ersetzen und stattdessen zu definieren, was der Staat an Missionen in einer Gesellschaft zu erfüllen habe.

Das bedinge auch, aus der Bud-

get-Logik in die Rolle der zu finanzierenden Projekte umzuschwenken.

Letztlich steht dahinter der urliberale Gedanke, dass der Staat sich in einer modernen Gesellschaft zurückzieht und zum Projektfinanzierer im Rahmen von ihm übertragenen Aufgaben mutiert. Die Kammer war offensichtlich davon ausgegangen, dass mit einem liberalen Staatsminister auch das Regierungs- und Ordnungsprinzip des Staates in Richtung liberaler Grundsätze wechseln würde.

Kritisch beobachtet die Kammer auch die angekündigte Reform der Sekundarstufe und fehlende Aussagen zur Kooperation von Schule und Wirtschaft. Und schließlich kritisiert die Kammer, dass es keine Aussage zur Finanzierung der zukünftig kostenlosen Kindergärten gibt.